

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

es ist wieder Sitzungswoche in Berlin und wir befinden uns auf der Zielgerade vor unserer Weihnachtspause. Spannende und aufschlussreiche Gespräche sowie wichtige Themen, wie Klimaschutz, Kommunen stärker entlasten, Kinderbetreuung ausbauen, Flüchtlingshilfe und Familien, Pflege und Beruf besser vereinbaren waren meine Begleiter in dieser Woche.



Als Baupolitiker begrüße ich es sehr, dass die Gebäudesanierung mit einer Milliarde Euro pro Jahr steuerlich gefördert werden soll. Das Förderprogramm über zinsverbilligte Kredite der Staatsbank KfW soll um 200 Millionen auf zwei Milliarden Euro aufgestockt werden. Die Regierung will damit die Dämmung von Dächern oder den Austausch veralteter Heizungen möglich machen.

***Klimaziele erreichen - Energiewende verantwortungsvoll umsetzen***

Diese Woche hat in Lima die Weltklimakonferenz begonnen, bei der unsere Umweltministerin Barbara Hendricks deutlich macht: Deutschland wird in Sachen Klimaschutz weiterhin Vorreiter sein. Mit dem Nationalen Aktionsplan Klimaschutz schaffen wir die Voraussetzung dafür, damit wir unser Klimaziel erreichen und bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Ein entschlossener Klimaschutz ist keine Bremse für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Im Gegenteil, in Zeiten knapper Ressourcen ist er eine wichtige Voraussetzung dafür.



*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Eine starke Industrie ist Grundlage für die Wirtschaftskraft Deutschlands. Intelligente Technologien sind der entscheidende Schlüssel, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten und gleichzeitig Arbeitsplätze zu erhalten. Deshalb unterstützen wir den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz unseres Energie- und Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel. Bis zum Jahr 2050 sollen 80 Prozent der Energieversorgung aus erneuerbarer Energien kommen. Das ist machbar, wenn wir Widerstände überwinden und für eine breite Akzeptanz der Energiewende sorgen. Dafür muss unsere Energieversorgung bezahlbar und verlässlich bleiben. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.

### ***Kommunen stärker entlasten – Kinderbetreuung ausbauen***

Die Kommunen weiter finanziell zu entlasten und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern, zählt zu den prioritären Aufgaben unserer Politik. Mit dem geplanten Gesetz sollen die Kommunen im Vorgriff auf die Entlastungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes zusätzliche Hilfen in Höhe von jährlich 1 Mrd. Euro in den Jahren 2015 bis 2017 erhalten. Dies soll hälftig durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft sowie einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer umgesetzt

werden. Im Rahmen des geplanten Gesetzes soll zudem das bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbaufonds“ auf 1 Mrd. Euro aufgestockt werden.



Um die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung zu erhöhen, ist vorgesehen, zusätzlich den Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundes in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Mio. Euro anzuheben.

### ***Flüchtlinge - Kommunen bei besonderer Herausforderung unterstützen***

Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Auch in Deutschland suchen derzeit 200.000 Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Gewalt.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Die Welle der Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung ist groß und zeigt:

Die große Mehrheit der Deutschen ist sich unserer humanitären Verantwortung in dieser besonderen Lage bewusst. Gleichwohl ist die logistische und finanzielle Herausforderung für die Städte und Gemeinden sowie für Hilfsorganisationen und Behörden enorm.

Die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge bedeutet für die betroffenen Kommunen ein besonderer Kraftakt, bei dem sie Unterstützung brauchen. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass Städte und Gemeinden mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sind. Überfüllte Flüchtlingsheime behindern nicht nur die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, sie können gleichzeitig Ressentiments und Ablehnung schüren. Deshalb ist es wichtig, dass sich Bund und Länder nun gemeinsam auf ein Gesamtkonzept verständigt haben, um die Lasten der hohen Flüchtlingszahlen gesamtstaatlich zu schultern:

- 2015 sollen zusätzliche Hilfen in Höhe von 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden und weitere 500 Mio. Euro im Jahr 2016, falls die besondere Belastung fortbesteht.

- Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie durch Übernahme von Impfkosten werden Kommunen und Länder zudem ab 1. Januar 2015 jährlich insgesamt um einen hohen zweistelligen Millionenbetrag entlastet.
- Bundesimmobilien werden zur Unterbringung von Flüchtlingen künftig mietzinsfrei überlassen, wodurch Kommunen und Länder jährlich rund 25 Mio. Euro Mietkosten einsparen.



Viele Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind gut ausgebildet und wollen sich mit ihren Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen. Um Flüchtlingen zu helfen und sie bei der Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen, haben wir erhebliche rechtliche Verbesserungen durchgesetzt: Asylsuchende können nun schneller eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Sie erhalten einen besseren Zugang zu Sprachkursen und können leichter den Wohnort wechseln. Zudem wird die Residenzpflicht aufgehoben, und Asylanträge werden künftig schneller bearbeitet. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer modernen Flüchtlingspolitik.

### ***Familie, Pflege, und Beruf besser vereinbaren***

Mit dem geplanten Gesetzentwurf soll mehr Rechtsicherheit und Flexibilität sowie eine bessere finanzielle Absicherung für Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen geschaffen werden. Vorgesehen ist, die bestehenden Möglichkeiten des Pflegezeit- und des Familienpflegezeitgesetzes zusammenzuführen und mit einem Rechtsanspruch zu versehen. Zukünftig soll es für zehn Tage Pflegezeit zur Organisation einer akut auftretenden Pflegesituation eine Lohnersatzleistung in Form eines Pflegeunterstützungsgeldes geben. Insgesamt können Beschäftigte maximal 24 Monate Pflege- und Familienpflegezeit in Anspruch nehmen. Mit der neuen Familienpflegezeit haben Beschäftigte einen Rechtsanspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber auf eine teilweise Freistellung bei einem Beschäftigungsumfang von mindestens 15 Stunden. Die geplanten Neuregelungen sollen auch für Eltern und Angehörige von pflegebedürftigen Kindern gelten, die nicht zu

Hause, sondern in einer außerhäuslichen Einrichtung betreut werden. Auch ist vorgesehen, den Begriff des „nahen Angehörigen“ um Stiefeltern, lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften und Schwägerinnen bzw. Schwager zu erweitern. Um Einkommensverluste während der Pflege besser auszugleichen, sollen Beschäftigte ein zinsloses Darlehen in Anspruch nehmen können. Für die Begleitung schwerstkranker Angehöriger in der letzten Lebensphase besteht künftig ein Anspruch auf berufliche Freistellung für maximal drei Monate.



Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen besinnlichen 2. Advent,

Ihr

